

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1590,
Circuloff:
Riesa Nr. 52.

Nr. 138.

Dienstag, 17. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag feste Tarife. Verspäteter Absatz erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goetzbecker 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

"Graf Zeppelin" zur Schweizerfahrt gestartet.

Friedrichshafen. (Funkpruch.) Das Luftschiff "Graf Zeppelin" ist heute vormittag 8,05 Uhr bei schönem Wetter unter Führung von Kapitän Fleminna zu seiner Schweizerfahrt aufgefliegen. An Bord befinden sich 39 Passagiere. Die Rückkehr des Luftschiffes wird gegen 4 Uhr erwartet.

Welt-Kraft-Konferenz.

Nach einem amtlichen Empfang durch den Herrn Reichsminister Dr. Brüning begrüßte Ostler von Miller am Sonntag abend im Reichstag die Mitglieder der 2. Welt-Kraft-Konferenz, die aus nicht weniger als fünfzig Ländern in Berlin zusammengekommen waren, um in den nächsten zehn Tagen an der Lösung der großen Aufgaben zu arbeiten, die zu beantworten sich dieses Weltkraftparlament vornahm. Die erste Welt-Kraft-Konferenz, die von England angeregt wurde, tagte im Jahre 1924 in London. An ihr schlossen sich Teilkonferenzen an, die 1926 in Basel, 1928 in London und 1929 in Barcelona und Tokio stattfanden. Die Energieerzeugung durch Wasser und Brennstoff war das große Thema der ersten Welt-Kraft-Konferenz in London. Die jetzt in Berlin eröffnete zweite Konferenz will sich hauptsächlich mit der Entwicklung des Energieablaßes und der Energieausnutzung beschäftigen. Zu dem Zwecke werden die berufenen Vertreter aus der ganzen Welt ihre Erfahrungen austauschen.

Nicht weniger als 4000 Fachleute, darunter 500 Damen, sind erschienen. Das ferne Japan sandte allein 200 Vertreter. Noch größer ist die Zahl der Ingenieure und der Unternehmer, die aus England und den Vereinigten Staaten Nordamerikas erschienen sind. Aus Schweden und Norwegen sind nahezu 150, aus der Tschechoslowakei 120 und aus dem fernem Südamerika sogar 50 Teilnehmer erschienen. Rund die Hälfte aller Teilnehmer kam aus dem Auslande. Wie gut diese Welt-Kraft-Konferenz vorbereitet ist, ergibt sich daraus, daß von den einzelnen Ländern dem Büro der Konferenz nicht weniger als 400 Originalberichte aus aller Welt eingegangen. Diese wurden von 34 Sektionen bearbeitet, die ihrerseits das vorliegende Material sichten und 34 Hauptberichte ausarbeiten. Samtliche Generalberichterhalter sind Deutsche. Die Zahl der Vortragsreferenten geht in die Hunderte. Als Konferenzsprachen sind deutsch, französisch und englisch zugelassen. Wie groß das Interesse der Amerikaner an dieser Welt-Kraft-Konferenz ist, geht am anschaulichsten daraus hervor, daß aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika dem deutschen nationalen Komitee in Berlin nicht weniger als 50 Originalberichte zugegangen sind, die einen ganz wesentlichen Teil der vorliegenden Verhandlungsunterlagen lieferten. Die 34 Hauptberichte der deutschen Generalberichterhalter konnten so frühzeitig fertiggestellt werden, daß sie schon vor Wochen den Hauptvertretern der einzelnen Länder zugelegt wurden.

Die Hauptfrage der 2. Welt-Kraft-Konferenz ist die gegenseitige Unterstützung in Energiefragen. Außerdem ist geplant eine Weltenergiestatistik zusammenzustellen, die Auskunft über alle Krafttrager geben soll, die für die Teilnehmer der Konferenz technisch und wirtschaftlich von Wert sein können. Als Energiequellen kommen in Frage Steinkohle, Braunkohle, Erdöl, die "weiße" Kohle, der Wind, das Meer und die Atomzertrümmerung. Auf diese Probleme kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Hervorragende Gelehrte und Fachleute werden über ihre Sondergebiete berichten. So spricht Professor Dr. Einstein über "Das physikalische Raum- und Aetherproblem", Professor Dr. Serrus über "Die neuen Formen der Rationalisierung", der amerikanische Vorkämpfer Sacket über die "Bedeutung der Mineralien in einer von Kraft abhängigen Welt", Dr. ing. Oscar Alton über "Europas Groß-Kraft-Pläne", Professor Vallauri über "Energie und Elektrizität", Prof. Eddington über "Inneratomare Energie" und Dr. Erdsmann über "Die Wasserkraft als Kulturfaktor".

Wer sich ein Bild von der Vielseitigkeit der zur Erörterung stehenden Fragen machen will, muß sich aber noch tiefer in das Programm vertiefen, das sich diese Welt-Kraft-Konferenz gegeben hat. Man beschäftigt sich in den nächsten Tagen mit dem Problem der Elektrizität in der Haus- und Landwirtschaft, sowie in Industrie und Gewerbe, mit den festen Brennstoffen, ihrer Gewinnung, Handel und Verarbeitungen, mit der Brennstoff-, Kraft- und Wärmewirtschaft in den einzelnen Ländern, den Weltproblemen der Energieerzeugung, den Normungsproblemen und den Methoden der Statistik, Wirtschaftsproblemen der Hochtemperatur-Entgasung, Energieerzeugung auf Schiffen, Einzelproblemen der Elektrizitätswirtschaft verschiedener Länder, Kraftübertragung in Fahrzeugen und Fabriken, Bau und Betrieb von Energiegroßanlagen, Flugzeug- und Fahrzeug-Motoren, Bau von Groß-Generatoren und Transformatoren, Eisenbahnen mit Dampf- und elektrischem Betrieb. Doch genug davon! Wir haben damit erst die kleineren Hälfte der Themen aufgestellt, die in den nächsten Tagen von der 2. Welt-Kraft-Konferenz in Berlin erörtert werden. Eine Riesearbeit ist zu bewältigen. Wir wünschen aufrichtig, daß die 2. Welt-Kraft-Konferenz in Berlin zu einem vollen Erfolge führen möge!

Die erste Reichstagsfikung nach den Pfingstferien.

Reichsinnenminister Dr. Wirth über die Lübeder Todesfälle, über Stahlhelmbrot und Schulgebetfrage. — Der Reichstag kritisiert Wirths Politik.

abg. Berlin, 16. Juni, 3 Uhr.

Die zweite Lesung des Etats für 1930 wurde mit der Beratung des

Haushalts des Reichsministeriums des Innern

am Montag fortgesetzt.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

gibt zunächst zu den 39 Sterbefällen bei den nach dem Calmette-Verfahren behandelten Säuglingen in Lübeck eine Erklärung ab, in der es heißt: Sowohl vom Staat Lübeck wie auch meinerseits geschieht alles zu einer möglichst völligen Aufklärung. Ob Fehler von dem mit der Behandlung beauftragten Stellen gemacht sind, wird der Staat Lübeck festzustellen haben, die Erhebungen führen hoffentlich zu einem klaren Ergebnis. An der restlichen Aufklärung wird die Reichsmedizinalverwaltung und das Reichsgesundheitsamt mit aller Energie mitarbeiten. Schon bei früherer Gelegenheit hat das Reichsinnenministerium mit dem Reichsgesundheitsrat die Tuberkulose-Schutzbehandlung nach Calmette zurückhaltend beurteilt und im Rat 1927 den deutschen Ländern eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen. Es gilt nun festzustellen, ob das Calmette-Verfahren selbst verhängnisvoll wirken kann oder ob Fehler in der Durchführung die Schuld tragen. Die Untersuchungen werden sich noch auf mindestens 6 Wochen erstrecken. Es ist alles geschehen, um von den Erkrankten zu retten, was zu retten war, und die gesund Gebliebenen sorgfältig zu überwachen und vor Schädigungen zu schützen. Sobald ein Ergebnis der Untersuchungen vorliegt, will ich den Reichsgesundheitsrat eingehend mit der ganzen Angelegenheit befragen; er wird die verwaltungsmäßigen und praktischen Schlussfolgerungen zu ziehen haben. Da ich alsbald sämtliche Landesregierungen ersucht habe, von der Anwendung des Calmetteschen Verfahrens bis zur völligen Klarstellung abzusehen, sollte der Beurteilung nicht vorzuziehen, verstand ich aber nach der Lage der Dinge vor sich.

Abg. Sellmann (Soz.)

lehnte eine Kulturdiktatur der christlich-orthodoxen Weltanschauung ebenso ab, wie die von den Kommunisten erforderte atheistische Diktatur. Für eine Abschaffung des Verhältnismäßigkeitsprinzips werde es die notwendige Mehrheit im Reichstag nicht geben. Falls es sich um die Verabschiedung des amnestierten Mandats, von 423 Abgeordneten, die vor elf Jahren in die Nationalversammlung eintraten, seien nur noch 104 im jetzigen Reichstag. Eine Verringerung der Abgeordnetenzahl lehne die Sozialdemokratie ab. Das ganze Reichsparlament koste jährlich nur den zehnten Teil eines Panzerkorps. Es sei eine unerhörte Zumutung des Reiches, dem erklärten Vorkämpfer und geschichtlichen Heldenführer der Hand zu geben. Das Uniformverbot und der Erlaß über die Schnelljustiz seien zu begründen. Die Zerstückelung der alten bürgerlichen Parteien sei eine glänzende Rechtfertigung des Marxismus. Die ökonomischen und sozialen Grundlagen der alten bürgerlichen Parteien seien ins Wanken geraten. Man könne eine soziale Umwälzung nicht mit alten Parteiprogrammen aufhalten. Die Sozialdemokratie erfordere in den herannahenden großen Erneuerungen die Führung.

Abg. Dr. Spahn (Dnat.)

kritisiert das Vorgehen des Innenministers gegen die thüringische Regierung und gegen den weissenburger Stahlhelm. Minister Wirth lehnte die Schläne-Politik seines Vorgängers fort. Die dringend notwendige Lösung der Verfassungsfrage werde weder vom Minister noch vom Reichstag in der richtigen Weise angepackt. Vom Bund zur Erneuerung des Reiches werde ebenso wenig ein brauchbarer Lösungsvorschlag gemacht wie von der Länderkonferenz. Das föderalistische Prinzip müsse aufrecht erhalten bleiben. Mit diesem Prinzip sei aber das Vorgehen des Innenministers gegen die thüringische Regierung nicht vereinbar. Gerade wir haben dem jetzigen Reichspräsidenten auf den Schild erhoben, weil er eine über den Parteien stehende Persönlichkeit ist, die auch über dem Streit der Parteien stehen soll. Umso größer ist unser schmerzliches Bedauern darüber, daß die jetzige Regierung nicht die Vorsicht dem Reichspräsidenten gegenüber walten läßt, die geboten ist. Die jetzige Regierung rühre an die Grundlagen des reichspräsidenten Amtes durch die Art, wie sie den Reichspräsidenten in den Vordergrund schiebt, um politische Augenblicke zu erzielen. Jetzt schon sind Kräfte genug am Werke, um nach dem Scheitern des Experiments Brüning mit neuen Methoden den schon vom ersten Kabinett Müller gemachten Versuch zu wiederholen, die Regierung in die Hand einer Arbeitsgemeinschaft von Kapital und Masse zu legen.

Es ist bedauerlich, daß Freunde von uns eine Kundangelegenheit zum Anlaß der Gründung einer neuen Partei gemacht haben. Das Verhängnis für konservative Gedanken ist in allen bürgerlichen Parteien gewachsen. In der Zentrumspresse wird es sogar dem Republikaner Dr. Wirth nachgesagt. Wir fragen den Minister, wie er sich zu dem neuen Wiener Zindententum stellt. Unter Berufung auf Neuerungen des Abg. Freiherrn v. Rheinbaben ist in Oesterreich schon die Frage aufgeworfen worden, ob es den deutschen Parteien noch ernst sei mit dem Anschluß. Für repräsentative Zwecke wird bei uns noch viel zu viel ausgedehnt, während die notwendigen Mittel zur Aufrechterhaltung deutscher Schulen für die deutschen Minderheiten fehlen.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

erwidert, ihm liege nichts ferner, als mit schändlichen Maßnahmen der Opposition entgegenzutreten. Das gelte auch für das Stahlhelm-Verbot im Westen. Er habe dabei nur die Besprechungen fortgesetzt, die schon vom früheren Reichskanzler Müller und dem preussischen Ministerpräsidenten eingeleitet worden waren.

Der preussische Ministerpräsident habe sich zum Empfang der Führer des Stahlhelms bereit erklärt, die Herren seien aber noch nicht zu ihm gekommen. Die Fortsetzung eines neuen Reichsschulgesetzes wäre sehr erwünscht, aber ein praktischer Erfolg sei damit nicht zu erreichen, solange keine Aussicht auf ein Kompromiß der Parteien in der Simultanschulfrage vorhanden sei. Die Behandlung der Schulgebetfrage durch die thüringische Regierung habe auch in Kreisen der evangelischen Theologen viel Widerspruch gefunden. Die Empfehlung der Schulausbeute durch das thüringische Ministerium ist vom Minister Dr. Frick dahin erläutert worden, daß diese Gebete sich richten gegen „art- und volkstrennde Elemente“. Eine solche Anempfehlung richtet sich deutlich gegen Geist und Sinn der Weimarer Verfassung, die die Empfindungen aller Volksgenossen schützen will. (Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.): Die Empfindungen der Juden werden geschützt, wir aber sind vogelfrei! — Ordnungsruf.) Sie sind nicht vogelfrei, sondern Sie haben die Freiheit dieser Republik mißbraucht (Weisfall.) Es muß die Auffassung zurückgewiesen werden, als sei der Staat in seiner jetzigen Staatsform nicht imstande, eine die nationalen Interessen schützende Politik zu treiben. Sie (nach rechts) werden bei der Erledigung der Diktate und anderer Vorlagen demnächst zeigen können, ob Ihr Staatskonservatismus sich bewährt. (Weisfall.)

Abg. D. Schreiber (Ztr.)

bedauert, daß die Auseinandersetzungen mit der thüringischen Regierung zu einem Guerillakrieg geführt haben, der dem Ansehen der Republik abträglich sei. Wir sind Begier einer Ausnahmevergebung, aber wir können dem Reichsinnenminister darin zu, daß es nicht anständig ist, Nationalsozialisten zu leitenden Beamten der Polizei zu machen. Im Falle Thüringen müßte das Reich durchgreifen, wenn es sich nicht in die schwächliche Position des alten Römischen Reiches deutscher Nation versetzen lassen wollte. Dem Unzug des politischen Straßenkampfes muß rücksichtslos ein Ende gemacht werden. Wenn es nicht anders geht, muß auch das Verbot von Uniformen und Abzeichen durchgesetzt werden. Wer mit Revolver, Messer und Schlangenhaken den Andersdenkenden angreift, der hat das Recht verweigert, sich großartig auf die Freiheit zu berufen. Nur die in Deutschland übliche übertriebene Objektivität hat es ermöglicht, daß solange die Unruhestifter auf den Straßen ihr Wesen treiben konnten. Wir lehnen es ab, wenn Schulgebete als Schrittmacher bestimmter Parteien mißbraucht werden. Eine Krise der Parteien und des Parlamentarismus ist nicht zu verkennen. Der Parlamentarismus ist nicht krank, weil Diktatoren ihn bedrohen, sondern Diktatoren drohen, weil der Parlamentarismus krank ist. Eine Reform der Innenpolitik muß auch in der Weise erfolgen, daß das Kabinett ein größtes Maß der Exekutiv entwickeln kann. Eine Verfassung der Reichspräsidenten über die jetzige Verfassung hinaus halten wir für überflüssig. Es ist ein Verdienst des Kabinetts Brüning, daß es die Frage nach dem richtig verstandenen und richtig angewandten Parlamentarismus mehr in den Vordergrund gestellt hat. Wir müssen schließlich fordern, daß das religiöse Kulturgut unseres Volkes stärker geschützt werde. Es muß die Kritik zurückgewiesen werden, die der Abg. Eugen-Berg an der Kulturpolitik des Zentrums geübt habe.

Abg. Radlowski (Komm.)

bekämpft die Politik des Innenministers, die ganz auf den Kurs des Bürgerblocks eingestellt sei. Gegen den Stahlhelm im Westen werde das Verbot bei weitem nicht so scharf durchgeführt wie gegen den Roten Frontkämpferbund.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag, 12 Uhr, vertagt.